

**Protokoll:**

Rm Reinstädler (CDU) führt aus, dass die CDU-Fraktion den Schienenhaltepunkt so wie er geplant und ausgeführt worden sei immer abgelehnt habe. Der nun realisierte Schienenhaltepunkt sei in jeglicher Hinsicht aus dem Ruder gelaufen und habe, wenn man auf den Vergleichsvorschlag eingehe, 19,2 Mio. € gekostet. Gehe man nicht darauf ein, müsse man mit noch wesentlich höheren Kosten rechnen. Da man weiteren Schaden von der Stadt Koblenz abwenden wolle, werde man sich bei der Abstimmung von Punkt 2 des Beschlussvorschlages enthalten. Daher bitte man um getrennte Abstimmung der Punkte.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stimmt einer getrennten Abstimmung zu und führt aus, dass man zu der Auffassung gekommen sei, den Vergleich aus wirtschaftlichen Gründen anzunehmen. Trotz des schlechten Projektverlaufs beim Schienenhaltepunkt Mitte liege man, bei Annahme des Vergleiches und Erfüllung aller Kostenzusagen des Landes, im Gesamtbudget der Buga 2 Mio. € unter den kalkulierten Kosten.

Rm Keul-Göbel (BIZ) teilt mit, dass es richtig sei, den Vergleich anzunehmen, ihre Fraktion sich aber bei der Abstimmung, da sie den Haushalt insgesamt betreffe, enthalten werde. Man sehe es nicht positiv, dass die ursprünglich angesetzten Einsparungen sich gegenüber der Planung nun nochmals um 2 Mio. € verringerten. Dies belaste den städtischen Haushalt und man sei gespannt, wann eine Zahlung des restlichen Landeszuschusses erfolge.

Ferner habe sie im Haupt – und Finanzausschuss gefragt, ob sich weitere Änderungen gegenüber den Anlagen zum Haushaltsplan ergeben hätten. Nun habe sie bei Ziffer 9 festgestellt, dass sich die Zuschüsse teilweise verringerten oder erhöhten und bittet zukünftig auch auf solche Veränderungen hinzuweisen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verdeutlicht, dass man trotz der Kostensteigerung von 2 Mio. € durch Annahme des Vergleiches immer noch unter den geplanten städtischen Kosten für die Buga liege. Hinsichtlich des Landeszuschusses stellt er fest, dass derzeit 42 Mio. € der zugesagten 46 Mio. € gezahlt worden seien. Der Restbetrag sei abhängig von der Prüfung der Verwendungsnachweise und es gebe keine Hinweise, dass das Land nicht zu seinen Zusagen stehe.

Rm Lehmkühler (SPD) stellt fest, dass es vor Beschluss des Schienenhaltepunktes eine öffentliche Anhörung im Stadtrat gegeben habe, bei der die Schienenverkehrsexperten bis auf einen, den Standpunkt als absolut sinnvoll bewertet hätten. Die Fahrgastzahlen belegten, dass die Aussagen der Fachleute damals richtig gewesen seien.

Rm Coßmann (CDU) bemängelt, dass der Schienenhaltepunkt nach wie vor nicht an alle Bahnlinien angebunden sei.

Rm Diederichs-Seidel (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass man zwar den Schienenhaltepunkt mit getragen habe, aber an der Art und Weise der Ausführung massiv Kritik geübt habe.